

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Oktober I 2015



Merkel und Hollande über Europa der Zukunft

Als deutliches Signal an alle Mitgliedstaaten wertete Markus Ferber den gemeinsamen Auftritt von Angela Merkel und François Hollande im Parlament in Straßburg. Erstmals seit fast 26 Jahren sind die beiden Staats- und Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs gemeinsam in Straßburg aufgetreten. Hauptthema war die aktuelle Flüchtlingskrise. Europa müsse Verantwortung übernehmen und gemeinsam Fluchtursachen bekämpfen, so Merkel in ihrer Rede. Die Kanzlerin machte klar: Nicht jeder, der nach Europa kommt, wird bleiben können. Nationalen Alleingängen erteilte sie eine klare Absage: „Abschottung und Abriegelung im Zeitalter des Internets sind eine Illusion.“ Frankreichs Staatschef François Hollande mahnte in seiner Rede vor den Abgeordneten mehr Solidarität an. Die EU müsse auf Grundlage der Prinzipien Solidarität und Verantwortung handeln. Ein gemeinsamer Besuch dieser Art fand zuletzt im November 1989 statt, als Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Plenum über das Ende des Kalten Krieges sprachen.

Mehr Verbraucherschutz bei bargeldlosem Bezahlen

Waren, Dienstleistungen oder Spenden über die Mobilfunkrechnung bezahlen oder die

Kinorechnung online abwickeln: Durch die Digitalisierung verändert sich auch der Markt im Zahlungsverkehr rasant und immer mehr Verbraucher greifen immer öfter auf diese Bezahlmethoden zurück. Der elektronische Zahlungsverkehr soll sicherer und zuverlässiger werden. Das Europäische Parlament hat in dieser Woche in Straßburg die neuen Regeln bestätigt. Um den Verbraucher- und Datenschutz auch bei den neuen Diensten zu sichern, musste die EU-Zahlungsdienstleistungsrichtlinie (PSD) aus dem Jahr 2007 den heutigen Anforderungen angepasst werden. „Wer online einkauft und auf andere Zahlungsdienstleister zurückgreift, kann sich künftig auf eine sichere Abwicklung verlassen, denn die neuen Anbieter müssen den Datenschutz und eine sichere Verschlüsselung gewährleisten. Der Verbraucher kann die neuen innovativen Zahlungsdienste mit einem sicheren Gefühl nutzen“, erklärte der CSU-Finanzexperte, Markus Ferber, der die Verhandlungen mit der Kommission und den Mitgliedsstaaten leitete.

König Felipe VI. von Spanien in Straßburg

In einer feierlichen Sitzung sprach in dieser Woche auch König Felipe VI. von Spanien vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Er hob in seiner Ansprache die federführende Rolle des EU-Parlaments im europäischen

Integrationsprozess hervor. "Es gibt keine Alternativen zu einem vereinten Europa. Wir sollten Vertrauen in Europa haben. Wir sollten Vertrauen in uns selbst haben, in uns Europäer." Das EU-Parlament könne auf Spaniens Loyalität gegenüber dem europäischen Projekt setzen. Es könne auf ein "vereintes Spanien, das stolz auf seine Vielfältigkeit ist, zählen; auf ein solidarisches Spanien, das die Rechtsstaatlichkeit achtet."

Falsche Vorzugsbehandlung für Griechenland

Eigentlich gilt die Regel: Um in den Genuss von Fördergeldern aus den sogenannten EU-Strukturfonds zu kommen, muss jeder Mitgliedstaat einen Teil des damit finanzierten Projekts, zum Beispiel den Bau einer Autobahn, selbst bezahlen. "Ich bedauere sehr, dass das Parlament jetzt einer Vorzugsbehandlung Griechenlands beim Zugriff auf milliardenschwere EU-Fördergelder zugestimmt hat", so Markus Ferber. Er wertet dies als völlig falsches Signal: "Wenn auch eigenes Geld auf dem Spiel steht, ist der Mitgliedstaat mit mehr Engagement dabei." Man sei den Griechen in der Vergangenheit immer wieder entgegengekommen, es gehe nicht, die Regeln nur für ein einziges Land zu ändern. "Das weckt natürlich Begehrlichkeit bei anderen." Ferber hat der Vorzugsbehandlung nicht zugestimmt.

